ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 98 | Mai 2001

aktionstage und großdemonstaration vom 17. - 19. mai 2001 in berlin

11.05.2001 solidaritätsveranstaltung
für die kampagne gegen die residenzpflicht in der roten flora

LA LIBERTÉ DE CIRCULATION EST NOTRE DROIT !
FREE MOVEMENT IS OUR RIGHT !
O MOVIMENTO É UM DIREITO !
LA LIBERTAD DE MOVIMENTO ES NUESTRO DERECHO !
BEWEGUNGSFREIHEIT IST UNSER RECHT !

DIE RESIDENZPFLICHT VERLETZT DAS GRUNDRECHT AUF BEWEGUNGSFREIHEIT !

Vorwort

Liebe LeserInnen,
wie Ihr vielleicht schon gehört und gelesen habt, ist dies die letzte Ausgabe der ZECK. Nachdem wir erfahren hatten, dass uns ohne unser Wissen der Springer-Konzern aufgekauft hat, da er »den erfrischenden und unkonventionellen Stil des Szeneinfos« schätze (O-Ton Presseerklärung), sahen wir keine Perspektive mehr für unser Projekt. Zwar hat der Springer-Vorstandsprecher mehrfach betont, die ZECK solle bleiben, wie sie ist und man denke gar nicht, irgendetwas zu verändern. Tatsächlich gibt es aber Hinweise, dass modifizierte Konzepte einer »ZECK für die Frau«, einer »ComputerZECK«, sowie eine Wochendendausgabe »ZECK am Sonntag« bereits in den Schubladen liegen.
Aber natürlich machen wir mit einer neuen Idee weiter: der INTERZECK und schon mit dem Namen wollen wir auf große politische Vorbilder wie Interflug, Interrast oder Interim ... hinweisen.

Die Redaktion.



Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klausmartin Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Die Zeck gibt es im Förderabo für 20,- DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungsl¸cke von 150,- bis 200,- DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Kampagne gegen Nazizeitungen:

In Hannover wurde im Herbst 2000 eine Kampagne gegen den Verkauf von rechten Zeitungen gestartet. Dazu gibt es Aufkleber (s.u.), mit denen entsprechende Läden zugeklebt werden können. In Hannover haben gezielte Aktionen teilweise den gewünschten Erfolg erbracht, nämlich dass der Verkauf von Nazipropaganda eingestellt wurde, indem der/die BetreiberIn eines solchen Ladens zuerst schriftlich bzw. mündlich aufgefordert wurde, die Verbreitung zu unterlassen und bei Nichtbefolgung sein/ihr Laden eben vollgeklebt war.
Aufkleber gegen Spende in Briefmarken bei:
JAC, c/o Sprengelgelände, Schaufelder Straße 33, 30167 Hannover

Wir verkaufen Nazizeitungen!



Wer rechte Propaganda verbreitet, macht sich mitschuldig am wachsenden nationalistischen Gedankengut der Gesellschaft und den darauf basierenden Gewalttaten Rechtsextremer. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Neuer Berufswunsch: Postfilialleiter

Hätten wir es ihm zugetraut? Nein, hätten wir nicht! Konnte mensch soviel kriminelle Energie beim Bediensteten einer Postfiliale erwarten? Nein! Um so raffinierter das Vorgehen des Täters! Da hat sich also Patrick Giersch, Filialleiter der Post in der Susannenstr., monatelang als muffeliger und dienstleistungsunwilliger Postler getarnt, um dann Ende März den großen Coup zu starten. Geht er doch nach Dienstschluß nicht nach Hause, sondern kehrt in ‚seine' Filiale zurück, öffnet die Tresore und sammelt seelenruhig mindestens 680.000,- Mark ein. Jetzt geht er wirklich nach Hause, allerdings nur, um die auf gepackten Koffern wartende Ehefrau abzuholen, in den Flieger zu steigen und zu verschwinden. Cool. Hoffen wir, daß dieser klassenbewußte Akt der Enteignung nicht schon bald in den Fängen eines LKA-Zielfahndungskommandos enden wird. Und was lernen wir daraus? Zum einen, daß die Diskussion um „Privatisierung" differenziert geführt werden muß und in wenigen Einzelfällen ein doch gangbarer Weg ist. Zum anderen sollten wir in Zukunft die Berufswünsche von Kindern in diversen WG's und Wohnprojekten genauer beobachten – das Spielen mit der Kinderpost muß also nicht zwangsläufig die Kleinen auf den falschen Weg bringen...

Soliparty

für die African Refugees Association (ARA) am 12.5. in der B5

Am Samstag, den 12. Mai veranstalten wir eine Soliparty für die Öffentlichkeitsarbeit der African Refugees Association (ARA). Die ARA ist ein Zusammenschluß afrikanischer Flüchtlinge in Hamburg, der im letzten Jahr diverse Protestaktionen gegen die sog. „Botschaftsanhörungen" in Hamburg und die deutsche Abschiebepolitik organisiert hat.
Die Party findet am 12.5. ab 21 Uhr in der B5 (Brigittenstraße 5) statt. Zu hören gibt es Reggae und HipHop und zu futtern afrikanisches Essen.

!Kraftorte!

Wenn städtische Behörden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einen „Dialog" organisieren, kann das fast nur als Drohung verstanden werden. Zuletzt ist dieses Phänomen am Hafenrand zu beobachten gewesen. Im Rahmen eines zweitägigen Kongresses zur Rolle der Neuen Medien in der Gesellschaft, hatten Hamburger Wirtschaftsbehörde und die Hamburg Messe zu einem abendlichen Event an den Hafenrand geladen. Ausgerechnet Klausmartin Kretschmer, der Käufer des Floragrundstücks, hatte zu diesem Zweck die von ihm erworbenen Riverkasematten in dierkter Nachbarschaft zur Hafenstrasse als Veranstaltungsort zur Verfügung gestellt.
Bereits eine Woche vorher begannen die vorbereitenden Arbeiten für den „Eventaufbau", die wegen der Art und Weise ihrer Durchführung wenig Gutes ahnen ließen: Breitschultrige Herren mit kurzgeschorenen Haaren ließen das Grundstück Tag und Nacht nicht aus dem Auge und welcheR einen Wimpernschlag zu lang seinen Blick auf das absurde Szenarium richtete, war sich eines Spruchs sicher. Tja, was hatten sie wohl alles erwartet?
Am Montag sollte schließlich die hippe Party in den hermetisch abgeriegelten Kasematten stattfinden. Insgesamt drei Hundertschaften, vier Wasserwerfer, ein Räumfahrzeug und diverse Spezialeinheiten der Hamburger Polizei waren aufgeboten worden. Dem standen ca. 200 bis 300 ungeladene Gäste gegenüber, die sich an und vor den Absperrungen eingefunden hatten und von Bediensteten in Grün streng bewacht wurden. Ein freies Fluten aller war einfach nicht möglich. Lediglich das gefakte STEG-Flugblatt, das alle AnwohnerInnen zu freiem Champagner picheln einlud, sorgte in der ersten Stunde für Verwirrung. Doch nach polizeilicher Klärung wurden AnwohnerInnen/BesitzerInnen dieses Flugblattes ebenfalls der Zutritt verweigert. Nur welcheR, die 100DM berappt hatten (die wahrscheinlich auch wiederum nicht für jedeN käuflich zu erwerben war) und die echte und einzig wahre Eintrittskarte vorweisen konnte, durfte passieren.
Doch leider hatte der eher lächerlich anmutende Aufwand schnell handfeste und heftige Folgen. Weil BewohnerInnen des Sechser-Blocks im Hafen nicht hinnehmen wollten, dass ihnen durch die dreisten polizeilichen Absperrmaßnahmen der Zutritt zu ihren Privatwohnungen verwehrt werden sollte, kam es zunächst zu Rangeleien. Schon kurz darauf jedoch drehte die Einsatzführung durch und begann duch einen Schlagstockeinsatz die Räumung bis zur Balduintreppe durchzuziehen, schließlich war ein direkter Zugang zwischen Bernhard-Nocht-Str. und Hafenrand abgesperrt worden. In der Folge gab es dann kleinere Scharmützel, die immer wieder zu Vorstössen der Polizei in die Menge führten. Immerhin konnten sich einige der illustren EventbesucherInnen im direkten Kontakt sich mit den Meinungen der ungebetenen Gäste, die draussen bleiben mussten, auseinandersetzen.
Mal abgesehen von den Verletzten und zwei Festnahmen bzw. vier Ingewahrsamnahmen auf unserer Seite hat der Abend den Organisatoren nicht den erhofften bedeutenden Event gebracht – stattdessen ist deutlich geworden, dass hier in Hamburg (noch) nicht überall Platz für new economy-Pack gemacht wird. Und dankenswerterweise ist klar geworden, was Kretschmer für eine hohle Nuss ist! Besagter hatte an selbigen Abend ja auch noch seinen großen Auftritt. Mit breitestem Blend-a-dent-Grinsen verschwand er alsbald hinter den Einsatzkräften, um im Nachhinein verlauten zu lassen, dass niemand auf ihn als Person sauer sei, sondern lediglich auf die verfehlte staatliche Politik. Irrtum! Denn hier wäre das eine nicht ohne das andere möglich gewesen. Und wer so bekloppt ist, seine sowieso schon umstrittene Imobilie für solche Events zu vermieten, sitzt im Glashaus. Wir werden sehen, ob Kretschmer im weiteren Verlauf der Geschichte mit seinen Errungenschaften unbehelligten Spaß haben kann. Glauben tun wir dies nicht und ihm wünschen schon gar nicht. In diesem Sinne: Nur weiter so, Klausmartin, auf dass deine Definition eines Kraftortes anders bestimmt wird!
Übrigens: unter www.indymedia.org (Germany) ist im Bericht über die Ereignisse am Hafen das Bild eines Zivibeamten der P-Schicht, Lerchenwache, zu bestaunen. Sein Name lautet: Aschberg! Watch out!

Staatliche Schlägertruppen im Einsatz

Von der Mehrheit der Medien nur am Rande erwähnt bzw bagatellisiert wurde die schwere Verletzung eines Hafenbewohners im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz an den Riverkasematten. Fakt ist, dass der Verletzte mit schwersten Kopfverletzungen auf der Intensivstation im künstlichen Koma gehalten wird.
Nach allen Informationen, die bisher zusammenzutragen waren, hat sich wahrscheinlich folgendes zugetragen: Nachdem völlig überflüssigerweise die Polizei anordnete, dass der Bereich vor dem 6er-Block bis zur Balduintreppe hin zu räumen sei, setzten die dort stehenden Kräfte eines Einsatzzuges sowie mutmassliche MEK-Beamte dies mit einem brutalen Schlagstockeinsatz durch. Dabei hat der jetzt Schwerverletzte einen/mehrere Schläge auf den Kopf erhalten. Unmittelbar nach dem Ende des Knüppeleinsatzes klagte er bereits über Übelkeit und wollte „kurz verschwinden", da er sich übergeben müsse – aufgrund dieser Tatsache ist davon auszugehen, dass er bereits zu diesem Zeitpunkt eine möglicherweise schwere Kopfverletzung erlitten hatte. Da die Umstehenden und der Betroffene diese eindeutigen und ernsten Symptome offensichtlich falsch interpretierten, kam es nun dazu, dass der Verletzte auf ein Baugerüst kletterte, um noch einige Fotos zu machen. Dabei stürzte er dann aus Höhe des 2.Stocks vom Baugerüst und zog sich neben Frakturen am Bein (weitere) schwere Kopfverletzungen zu. Nach der Versorgung durch eine Notärztin noch vor Ort kam er dann ins Krankenhaus.
Mittlerweile verlautete, dass aufgrund des im Krankenhaus festgestellten Verletzungsbildes tatsächlich von zwei unterschiedlichen Ursachen für die Kopfverletzungen auszugehen ist. Da an dem Knüppeleinsatz auch mit Tonfas ausgerüstete Beamte betei-

ligt waren, könnte das eine Erklärung für die den Sturz später auslösenden ersten Kopfverletzungen sein. Erfahrungsgemäß verursachen Tonfas aufgrund der mit diesen Knüppeln möglichen Schlagtechniken schwerere Verletzungen als „normale" Schlagstöcke. Es wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, die Hintergründe der polizeilichen Verantwortung für diesen Vorfall aufzuhellen.

Beleidigte Leberwürste

Ein Prozess gegen zwei Frauen, denen vorgeworfen wurde, Plakate mit für die P-Schicht der Lerchenwache beleidigenden Inhalten verklebt zu haben, endete mit einer Einstellung gegen 100,- Mark Buße. Die Plakate waren in Zusammenhang mit den Polizeiübergriffen vom 1.Mai letzten Jahres, an denen auch P-Schicht-Beamte beteiligt waren, im Schanzenviertel in Umlauf gebracht worden. Auf diesen Plakaten wurde die zweifelhaften Qualitäten der Arbeit der P-Schicht-Bullen ausführlich gewürdigt: Mißhandlungen, willkürliche Festnahmen, Scheinhinrichtungen, schikanöse Kontrollen und alltägliche Schnüffelei und verbale Provokationen sind fester Bestandteil der P-Schichtaktivitäten. Offensichtlich sind diese Tatsachen auch schon bei Hamburger Gerichten „gerichtsbekannte Lebenstatsachen". Jedenfalls gab es wohl nur deswegen keinen Freispruch, weil alle Beamten der Wache 16 pauschal in dem Plakat benannt worden seien. Im Einzelfall hatte der Richter an dem Plakat nichts auszusetzen. Kein guter Tag für die P-Schicht unter der Führung Dötters.

Dokumentation:

Betr. Umgestaltung von Räumlichkeiten:
Die grünen versuchen immer noch, sich als partei des atomausstiegs darzustellen. Aber was sie als erfolg der antiatombewegung verkaufen wollen, sichert im gegenteil einen langfristigen weiterbetrieb der atomanlagen. Für jedes akw das weniger als 30 jahre am laufen ist, darf ein anderes länger am netz bleiben. Die nutzung von atomenergie ist lebensfeindlich & menschenverachtend. Damit in der brd akw`s betrieben werden können, werden überall in der welt menschen nuklearer strahlung ausgesetzt. Ob in la hague & sellafield, in der umgebung von uranbergwerken in kanada oder brasilien oder an den ungewissen orten an denen atommüll „endgelagert" werden soll – weltweit bringt deutsche atomtechnologie menschen den tod. Der sogenannte atomkonsens ist nur ein konsens zwischen regierungspolitikern & grosskonzernen & ist hinter dem rücken der bevölkerung getroffen worden. Die grünen sind kein teil der antiatombewegung, sondern ihr gegenspieler!
Wir haben in der nacht zum 29.3. beim büro der gal eimsbüttel im stellinger weg entglasungsarbeiten geleistet. Ausserdem ist jetzt deren schloss kaputt, farbe und die parole „konsens ist nonsens" schmücken diesen scheissladen.
Keine castortransporte nirgendwohin!
Für die freiheit, für das leben, politikern das handwerk legen!
Chaoskommando „strahlendes lächeln"

Dokumentation:

wir haben in der nacht zum 24. April 2001 zwei antirassistische aktionen durchgeführt. Zum einen besprühten wir den eingangsbereich des zeitschriftenkiosk „tabak börse" im hamburger stadtteil schnelsen, oldesloerstrasse 31, mit der parole: „kein verkauf von nazipresse – den faschisten ein`s in die fresse." Ausserdem zerschossen wir mit hilfe von zwille und stahlkugeln mehrere scheiben. zum anderen besprühten wir die eingangsfassade der bahnhofsgaststätte „coupe" in der ortschaft bönningstedt im kreis pinneberg in der bahnhofstrasse mit der parole: „faschistische strukturen zerschlagen – antifaschistische aktion heisst angriff!", ausserdem schmissen wir in die räumlichkeiten mehrere mit buttersäure und farbe gefüllte flaschen. unsere aktion in schnelsen bezieht sich auf den dortigen verkauf der „deutschen nationalzeitung" (dnz), ein faschistisches hetzblatt aus dem hause gerhard frey (dvu chef und münchner verleger seit 1958 im grössten rechtsradikalen pressekonzern).
Der besitzer des kiosk „tabak börse" wurde vor ca. 5 wochen schriftlich aufgefordert, dieses hetzblatt aus dem laden zu entfernen. Aber anstatt unserer aufforderung nachzukommen, verdoppelte sich die lieferung, was natürlich auch auf einen stärker werdenden abnehmerkreis schliessen lässt. Das wiederum ist nicht allzu verwunderlich, da im stadtteil schnelsen und umgebung eine kleine, aber sehr gefestigte neonazistruktur vorhanden ist. Gezielte antisemitische schmierereien an gedenktafeln (z.b. von initiativen wie „die kinder vom bullenhuser damm") und/oder militante angriffe auf migrantInnen (so z.b. ein angriff von einer gruppe neofaschisten im herbst 2000 auf eine flüchtlingsunterkunft im bezirk burgwedel) und andersdenkende gehören hier zum rassistischen normalzustand. Wer solch aggressivchauvinistische zeitung wie die dnz vertreibt, hat nichts anderes verdient, als solch eine antifaschistische selbsthilfeaktion. Als solches verstehen wir auch unsere aktionen heute nacht. die verbindungen von neofaschisten in dieser region reichen über die sogenannten „freien kameradschaften" bis nach schleswig-holstein, kreis pinneberg, genauer gesagt bis u.a. nach bönningstedt.
Eine ortschaft, die ebenfalls seit jahren eine feste militante faschistische szene beherbergt. in der bahnhofsgaststätte „coupe" treffen sich desöfteren neonazis und anfang märz 2001 feierten dort unbehelligt (einzig und alleine der staatsschutz und 100 weitere bullen waren vor ort) ca.150 naziskinheads unter führung von klemens otto (anführer des „pinneberger sturms" und gefolgsmännchen von christian worch) eine „kleine" geburtstagsfeier mit anschliessendem konzert einer faschistischen us-amerikanischen musikband.
Da uns das traurig, aber auch wütend stimmt, wenn neofaschisten migrantInnen durch die strassen jagen, antifaschistInnen verprügeln, obdachlose totschlagen und jüdische friedhöfe und synagogen verwüstet und gebrandschatzt werden, haben wir uns entschlossen unsere trauer und wut in widerstand zu wandeln!
Den „aufstand der unanständigen" weiter aufbauen.
Die antifaschistische selbsthilfe noch besser organisieren.
Kapitalismus, rassismus und sexismus bekämpfen - überall.
Zusammen kämpfen – alle
Freiheit für alle politischen gefangenen
Autonome zelle „in gedenken an ulrike meinhof"

In den Kaffee gekotzt ... – und die Suppe ausgelöffelt ...

In der ZECK Nr. 96 haben wir, das Cafe Niemandsland, eine Selbstdarstellung veröffentlicht. In der darauffolgenden Ausgabe war dazu ein Kritikpapier von einigen aus der Montags-FoKü (»In die Suppe gespuckt«) zu lesen. Sie fühlten sich von einigen (mißverständlichen) Ausführungen im Text angegriffen und kritisierten auch inhaltliche Punkte.

Viele der Einwände sind unserer Meinung nach berechtigt; unser Text ist unter Zeitdruck zustandegekommen und wurde nicht ausreichend diskutiert, so daß einiges darin weder unseren damaligen, noch heutigen Positionen entspricht. Andere Äußerungen sind mißverstanden worden, was zum Teil aber auch an uneindeutigen Aussagen lag. Hier nun die Punkte, die wir unbedingt richtigstellen möchten:

1. Es war nie unsere Absicht, uns auf Kosten von anderen Gruppen zu profilieren! Eine Formulierung wie »...nicht einfach ne neue VoKü-Gruppe mit überzogenen Ansprüchen...« klingt arrogant - Entschuldigung dafür! Unsere Geschichte über Annas unglücklich verlaufenen ersten Florabesuch, bei dem es ihr nicht gelingt, mit

den Menschen in der VoKü ins Gespräch zu kommen, ist nur als ein Beispiel für die Unzugänglichkeit der autonomen Szene zu verstehen. Es ist fast nur über persönliche Bekanntschaften möglich, bei uns mitzumachen. Daran Kritik zu üben, sollte nicht den Ansatz der Montags-FoKü oder irgendeiner anderen Gruppe abwerten; vielmehr ging es uns darum, beispielhaft deutlich zu machen, daß wir etwas Neues in der Flora versuchen möchten.

2. Wir wollen die bestehenden Flora-Strukturen weder öffnen noch öffentlich machen, sondern um ein offenes Angebot ergänzen. So ist es auch unserem oberflächlichen Umgang mit dem Text zuzuschreiben, daß dort die Parole »Mehr Öffentlichkeit in öffentlichen Räumen!« auftaucht - diese Forderung ist auf die Flora bezogen natürlich Unsinn. Die Flora war nie ein beliebiger »öffentlicher Raum« und soll auch keiner werden. Ein verantwortungsbewußter Umgang mit internen Informationen ist für uns auch auf einem offenen Plenum selbstverständlich.

3. Im wesentlichen teilen wir die Kritik der Montags-FoKü am Linksruck. Sie tauchte in unserem Text nicht auf, weil wir dieser Organisation nicht zu viel Platz in der Selbstdarstellung geben wollten - so weit, so blöd: dadurch wurden Mißverständnisse möglich. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen, daß es uns nie darum ging und auch keinen Grund zu der Befürchtung gibt, daß wir Linksruck nacheifern wollen. Wir denken nur, es gibt Menschen, die nicht aus »falschem Bewußtsein«, sondern mangels Alternativen beim Linksruck landen und nicht z.B. in der Flora. Das war der eigentliche Hintergrund unserer (verkürzten) Bezugnahme auf Linksruck.

Und wenn wir schon einmal dabei sind...

...die im Absatz »Hierachien abbauen« enthaltenen Vorstellungen sind nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, sondern bei uns durchaus umstritten.

...die relative Geschlossenheit von Szene-Strukturen ist natürlich nicht der einzige Grund für alle Probleme. Wir meinen nicht, daß mehr Offenheit das Allheilmittel sein kann, sonder es ist lediglich der Punkt, an dem wir versuchen wollen, anzusetzen.

So - hoffentlich sind hiermit die groben Mängel unseres Papiers behoben und die wesentlichen Mißverständnisse ausgeräumt. Diskussion über unseren Ansatz (und natürlich Beteiligung am Cafe) sind auch weiterhin erwünscht. Ihr wißt ja, wo wir zu finden sind ...auf bald!

Cafe Niemandsland

Neue Broschüre zur Geschichte der RZ

Das AutorInnenkollektiv K2001 hat eine neue Broschüre zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora veröffentlicht. Wir dokumentieren im folgenden das Vorwort in leicht geänderter Fassung:

Die Idee zu der Broschüre entstand als Reaktion auf die Kriminalisierungen im Herbst/ Winter 1999/ 2000, als sich eine Gruppe von Menschen traf, um zu überlegen, wie sie ihre Solidarität ausdrücken könnten: Bis dahin waren bereits Rudolf, Sabine, Axel, Harald, Sonja und Christian verhaftet worden, und es war/ ist überhaupt noch nicht abzusehen, wie viele Leute noch mit dem Vorwurf RZ-Mitgliedschaft im Knast verschwinden...

Es ist immer notwendig, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen! Darüber hinaus geht es uns hier aber auch darum, den Versuch der Herrschenden, linksradikale Geschichte umzuschreiben zu verhindern. Die Revolutionären Zellen und die Rote Zora sind wesentlicher Teil linksradikaler Geschichte, den wir uns nicht klauen lassen!

Der Angriff des Staates erfolgt zu einer Zeit, da sich viele „Altautonome" zurückgezogen und viele jüngere Linksradikale bislang keinen Bezug zu den kriminalisierten „alten Geschichten" hergestellt haben. Diese Lücke wollen wir mit dieser Broschüre schließen. Wir brauchen aber nicht nur zahlenmäßig mehr solidarische Menschen, sondern auch mehr Power! Wir brauchen in unseren (Solidaritäts-) Aktionen eine Kraft, die aus inhaltlicher politischer Verbundenheit und dem Bezug auf die eigene militante Geschichte entsteht!

In der Frage, wie Geschichte vermittelt werden kann, haben wir uns an die damals bei Jüngeren sehr beliebte, kleine RAF-Broschüre „Eine Einführung in die Geschichte der Roten Armee Fraktion 1970 – 1993" angelehnt: Eine lesbare, nicht zu umfangreiche, bezahlbare Darstellung soll es sein – wir hoffen, dass uns dies gelungen ist... Wir haben uns inhaltlich sehr stark auf die zweibändige Text- und Materialsammlung „Die Früchte des Zorns" des ID-Archivs bezogen, d.h. wir haben hier etwas aus der jeweiligen Vorbemerkung geklaut, dort aus den Originaltexten und -erklärungen der RZ/ Roten Zora nach dem Abdruck in den Früchten zitiert und auch die von uns aufgezählten Anschläge basieren darauf. Aber wir haben auch einiges ergänzt – z.B. hinsichtlich des OPEC-Verfahrens oder auch einen Exkurs über Verräter – und anderes umgestellt wie die Texte und Aktionen der RZ in den 90`er Jahren.

Eigentlich überflüssig zu sagen ist, dass diese Broschüre keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann – es wurde, oft zähneknirschend, gekürzt und zusammengestrichen, damit es nicht zu umfangreich wird. Wir hoffen, dass die verkürzte Auswahl dazu führt, dass ihr die vollständigen Texte und Anschlagserklärungen in „Die Früchte des Zorns" nachlesen wollt.

Wir wollen an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Darstellung der Roten Zora nur sehr wenig Platz eingeräumt wurde. Dies liegt vor allem daran, dass die jetzigen Verfahren die RZ als gemischt geschlechtliche Organisation betreffen; darüber hinaus müßte Politik, Struktur, Geschichte usw. der Roten Zora sowieso in einer eigenen Broschüre dargestellt werden.

Seit unseren ersten Überlegungen im Januar 2000 bis zum Erscheinen der Broschüre ist über ein Jahr vergangen. Inzwischen ist ein Kurzreader in Berlin verbreitet worden („Geschichte und Widersprüche der Revolutionären Zellen/ Rote Zora" für eine Veranstaltung in der Humboldtuniversität, Berlin März 2000), mehrere Veranstaltungen fanden statt, der OPEC- Prozeß in Frankfurt/ Main ist zu Ende gegangen – also immer wieder Punkte, an denen wir die Frage stellten, ob unser „Projekt" noch Sinn macht. Die Antwort darauf liegt vor euch. Wir begreifen diese Broschüre als immer noch notwendige Ergänzung zu Geschriebenem und Gesagtem und darüber hinaus als zeitlos unter dem Aspekt eines Beitrages zur Diskussion politischer Orientierung:

„Inhaltlich bringen die RZ einige fundierte Analysen, die im Gegensatz zur RAF viel mehr Bezug zu den Menschen hier und ihren Lebensbedingungen haben. Was allerdings fehlt, sind mehr praktische Lösungsmöglichkeiten; allzu oft werfen die RZ nur Fragen auf, haben aber selbst nur bedingt praktische Antworten. Dies ist aber immer noch besser, als ein vermeintliches Erfolgskonzept zu propagieren" (zit. aus Revolutionäre Zellen – Geschichte, Strategien, Inhalte, Freiraum 17, 1987).

In diesem Sinne: Organisiert den Widerstand von unten! Schafft ein, zwei, viele Revolutionäre Zellen! Freiheit für die Gefangenen!

Die Broschüre umfaßt 48 DinA5 Seiten. Sie kostet 4 DM und ist auf jeden Fall im Schwarzmarkt erhältlich.

Finger verbrennen!

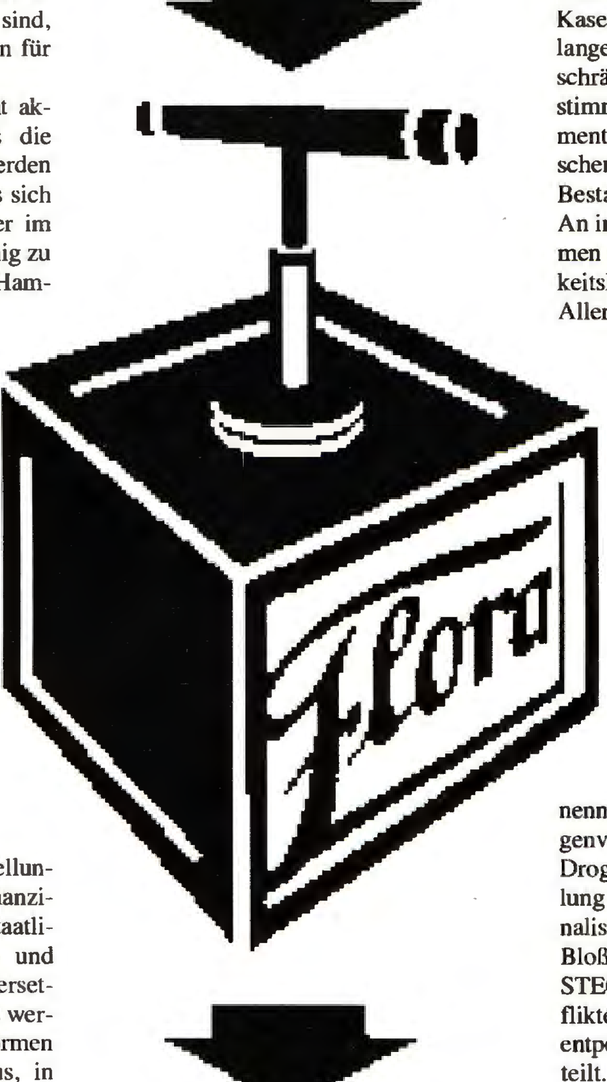
Die Rote Flora ist und bleibt unverträglich!

Die heutige Entscheidung der Hamburger Bürgerschaft, die Rote Flora an den Immobilienkaufmann Klausmartin Kretschmer zu veräußern, kommentieren wir wie folgt: Die Rote Flora ist tot, es lebe die Rote Flora!

Wir verbinden mit der Roten Flora nicht nur ein Gebäude, sondern eine politische Idee. Und die ist für niemanden käuflich! Wir haben mit der Ablehnung von Verhandlungen und Verträgen ein deutliches politisches Signal gesetzt und damit klargemacht, dass wir uns nicht zum Bestandteil des Zusammenspiels von Integration und Partizipation auf der einen Seite und Verdrängung und Repression auf der anderen machen lassen – Integration und Partizipation für alle, die bestimmten herrschenden Interessen wie z.B. der Aufwertung des Schanzenviertels nützlich sind, und der Verdrängung und Repression für alle, deren Anwesenheit stört.

Auch den Verkauf werden wir nicht akzeptieren. Abgesehen davon, dass die Flora von niemandem erworben werden kann, da sie uns bereits gehört, muss sich auch der neue „Eigentümer" darüber im Klaren sein, dass er hier genauso wenig zu melden haben wird wie die Stadt Hamburg in den letzten 12 Jahren. An unserer Politik wird sich nichts ändern; denn die Rote Flora gibt es nur in dieser Form: als selbstverwalteter Raum für linke und linksradikale Politik und nichtkommerzielle Kultur. Unsere Vorstellungen von Selbstbestimmung und Emanzipation vertragen sich weder mit staatlicher, noch privater Einflussnahme und Kontrolle. Anstehende Auseinandersetzungen um die Zukunft des Stadtteils werden wir mit unseren Interventionsformen führen, wem auch immer das Haus, in dem wir uns bewegen, offiziell zugeschlagen wird.

Im Rahmen der sogenannten „Sicherheits- und Sauberkeits"- Diskussionen spielt die Privatisierung öffentlichen Raumes und die zunehmende Kontrolle und Steuerung durch private Institutionen eine zentrale Rolle. Erst vor zwei Tagen wurde uns an einer „Location", die Klausmartin Kretschmer von der Stadt erworben hat, vorgeführt, wie Privatisierung zu einer Zonierung des öffentlichen Raumes führt: Nur diejenigen, die so aussehen, als ob sie sich die teuren Eintrittskarten für den Multimedia-Event leisten können, dürfen sich noch auf der Straße im Umkreis von 100m von den Kasematten bewegen. Für alle, die nicht genug Geld haben, stehen Hundertschaften bereit, die die Definitionsmacht darüber, wer sich wo aufhalten darf, im Notfall mit dem Polizeiknüppel durchsetzen. Da wird dann schon mal AnwohnerInnen der Zugang zu ihren eigenen Häusern verwehrt, oder Menschen, die sich mit dem falschen Aussehen am falschen Ort befinden, werden brutal zusammengeschlagen. Mit Sicherheit hat Klausmartin Kretschmer uns vorgestern gezeigt, was von „Kraftorten", derer er sich ermächtigt hat, zu erwarten ist. Die Kraft, die für ihn von solchen Orten ausgeht, ist offensichtlich das Bronx-Feeling für Besserverdienende, mit dem sich prima Geld machen lässt. So wie im Schanzenviertel wird auch in St Pauli Süd soziale Ungleichheit zur interessanten, authentischen Hintergrundkulisse für ein chices und kaufkräftiges Publikum.



Für die Zonierung des öffentlichen Raums sind das Schanzenviertel und die River-Kasematten nur zwei Beispiele. Schon lange gehört eine immer stärkere Einschränkung der Bewegungsfreiheit für bestimmte Menschen (Obdachlose, KosumentInnen illegalisierter Drogen, Menschen schwarzer Hautfarbe) zum festen Bestandteil von Stadtentwicklungspolitik. An immer mehr Orten in der Stadt bestimmen soziale und rassistische Zugehörigkeitskriterien, wer sich dort aufhalten darf. Allerdings zeigt sich das Wechselspiel zwischen Aufwertungs- und Vertreibungsprozessen im Schanzenviertel besonders deutlich. In diese Prozesse hat die Rote Flora immer wieder eingegriffen: Mit der Benennung der Verantwortlichkeit der Drogenverbotspolitik für die Verelendung der DrogenkonsumentInnen, mit der Verurteilung der rassistisch aufgeladenen Kriminalisierung des Drogenhandels, mit der Bloßstellung der Aufwertungspolitik der STEG. Der Versuch der Stadt, diese Konflikte durch den Verkauf des Gebäudes zu entpolitisieren, ist zum Scheitern verurteilt.

Gegen die Privatisierung und Zonierung von öffentlichen Räumen!
Gegen Integration und Befriedungspolitik!
Stört die öffentliche Ordnung, wo ihr sie trefft!

Rote Flora, 25.04.2001

Diskussionsveranstaltung am 27.5.

Der Nazi als Staatsfeind

Deutschland - ein Antifamärchen?!

Seit dem letzten Spätsommer reiben sich diverse Menschen im In- und Ausland verwundert die Augen, tobt doch seitdem die staatliche Antifa zumindest durch den Mediendschungel, gelegentlich aber auch in Form von BGS- oder Sonderkommandos tatsächlich durch (zumeist) ostdeutsche Kleinstädte. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht (hierzulande im antifaschistischen Kampf wahrlich nicht durch Erfolg verwöhnte) Antifaschisten und Antifaschistinnen staunend von unzähligen Maßnahmen im Kampf gegen rechte Gewalttäter hören und lesen (müssen). Flankiert wird diese staatliche Antifa von zwar langsam, aber doch allmählich steigenden Teilnehmerzahlen eines beschworenen »Aufstands der Anständigen«. Was ist los in dem Nachfolgestaat des Nationalsozialismus, rüsten die Kinder und Enkel der Tätergeneration tatsächlich zum Gefecht gegen den braunen Spuk oder ist die ganze Standortantifa letztlich doch nicht mehr als eine große Märchenstunde?

Eine genaue Bestimmung dessen, womit wir es bei der staatlichen Antifakampagne zu tun haben, stößt auf die Schwierigkeit, dass kein klares und eindeutiges Programm vorhanden zu sein scheint, an dem die Eliten sich orientieren. Vieles ist Stückwerk, widersprüchlich und inkonsequent. Spätestens wenn es um die materiellen Konsequenzen geht, stößt diese antifaschistische Haltung schnell an ihre Grenzen. Nirgendwo zeigt sich dies deutlicher, als in der Debatte um die ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung. Die Betroffenen sollen allenfalls mit Almosen abgespeist werden, und noch nicht einmal diese werden derzeit ausgezahlt. Ein Antifaschismus, der den Namen verdient, müßte mindestens die sofortige Entschädigung aller Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen durchsetzen.

Trotzdem würde es eindeutig zu kurz greifen, aus der Widersprüchlichkeit und Unzulänglichkeit der Elitenkampagne die Schlußfolgerung abzuleiten, sie würden nur ideologische Kosmetik zur Standortpflege betreiben.

Hinter der Kampagne gegen Nazis erscheinen die Konturen eines gesellschaftlichen Modernisierungsprogramms, das außenpolitische Spielräume für Deutschland vergrößern und ökonomische Notwendigkeiten im Rahmen der gegenwärtigen Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse durchsetzbar machen soll.

I

Bis zur »Weizsäcker-Rede« vom 8.Mai 1985 stand Auschwitz einer ungebrochenen deutschen Identität und einer unbeschränkten staatlichen Souveränität entgegen. Die deutsche Gesellschaft vermochte die historische Last bis dahin im wesentlichen nur durch Verdrängung und Relativierung deutscher Schuld zu tragen. Die »Weizsäcker-Rede« hingegen steht für ein offensives Eingestehen der deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus, ohne daraus allerdings eine nationale Selbstbeschränkung abzuleiten. Daran anknüpfend wurden seit 1989 die Bedingungen geschaffen, alle aus dem Nationalsozialismus resultierenden Beschränkungen endgültig zu überwinden. Dazu gehörten unter anderem die erfolgreich vollzogene Wiedervereinigung, die wiedererlangte staatliche Souveränität und die Anerkennung als gleichberechtigte Nation am 8. Mai 1995 durch die ehemaligen Siegermächte als Höhepunkt des Gedenkjahres 1995.

Das Aussterben der Tätergeneration, der Austausch des politischen Personals und schließlich der Antritt der rot-grünen Regierung ermöglichte eine noch weitergehende Offensive im Umgang mit der deutschen Geschichte. Der entscheidende Schritt wurde mit dem Krieg gegen Jugoslawien getan. Erstmals seit 1945 führte Deutschland wieder Krieg und erhob sogleich das eigene Handeln zur antifaschistischen Tat. Galt unter der Kohl-Regierung noch, dass die Bundeswehr nicht gegen ein Land eingesetzt werden dürfte, in dem einst die Wehrmacht gewütet hatte, so fielen unter rot-grün diese Hemmungen weg. Ja, Deutschland sei aufgrund seiner Geschichte geradezu berufen und prädestiniert, überall in der Welt für das Gute zu streiten. Und so gelang das Kunststück, mit Auschwitz das souveräne Handeln eines deutschen Staates in der extremsten Form, im Krieg gegen ein anderes Land, zu begründen.

Auschwitz wurde damit zum Bestandteil deutscher Identität und zur Grundlage der Legitimität staatlichen Handelns.

Die Umdeutung von Auschwitz war im Jugoslawien-Krieg noch zuallererst auf die Legitimation von militärischer Intervention und der Rechtfertigung sogenannter Kollateralschäden gerichtet. Sie war vorwiegend ideologische Notwendigkeit für die Entscheidungsträger in der Regierung, ihr Handeln für sich selbst und ihr politisches Lager zu begründen.

Durch die aktuelle Antifa-Kampagne der Eliten gilt es, diese neue Form von deutscher Identität und Legitimation von staatlichem Handeln auch gegen renitente Teile der eigenen Bevölkerung durchzusetzen und das neue deutsche Selbstverständnis nach Innen zu verankern.

II

Die von Vertretern der deutschen Wirtschaft und verschiedenen Politikern und Medien inszenierte Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalttäter wurde nicht zufällig in direkter zeitlicher Anlehnung an die Einführung der sogenannten Green-Card-Regelung für ausländische Informatiker und Informatikerinnen losgetreten. Diese »antifaschistische Offensive« ist Ausdruck eines von maßgeblichen Vertretern und Vertreterinnen der deutschen Eliten ausgemachten Modernisierungsbedarfs für die deutsche Standortgemeinschaft. Mit dieser Kampagne gegen die Neonazis renoviert die deutsche Nation ihren Nationalismus. Das Konzept der beschworenen »Neuen Mitte«, das eine Lockerung des engen Geflechts sozialer und tariflicher Verträge (die mit der postfaschistischen Sozialpartnerschaft einher gingen) bedeutet und für mehr Eigenverantwortung, Flexibilität und Mobilität (die zum Gemeinwohl führen sollen) steht, erfordert Subjekte, die hierzu die erforderliche Bereitschaft zeigen. Die staatlichen Institutionen sollen im Alltag der Bürger und Bürgerinnen hinter die erlebte Gemeinschaft zurücktreten und das zivilgesellschaftliche Engagement der Staatsbürger und -bürgerinnen lediglich absichern.

Dem stehen die Nazis gegenüber, wenn sie gleichsam als eine soziale Bewegung fungieren, die dem dumpfen Unbehagen mit den kapitalistischen Verhältnissen Ausdruck verleiht, indem sie Gemeinschaftszugehörigkeit und Herrenmenschentum qua Rasse verspricht. Bis vor kurzem wurden die Nazis vorwiegend als die »dummen Jungs« von Nebenan betrachtet, die in ihrer trostlosen Freizeit nichts besseres zu tun wussten, als Menschen nicht-deutscher Herkunft zu jagen. Mit der Erkenntnis, dass die BRD auf qualifizierte ausländische Arbeitskräfte dringend angewiesen ist, hat sich die Perspektive verschoben. Jetzt stellen die Nazis mit ihrem Gesellschaftsverständnis, wonach die Differenz von Staat und seinen Bürge-

rInnen der Identität der Volksgemeinschaft weichen soll, sowie ihrer Mißachtung bürgerlicher Spielregeln eine Gefahr für den Standort Deutschland dar. Wo der Staat sein feingliederiges Netz von Aufenhalts- und Einreisebestimmungen zur Hand hat, ist der einfache Nazi auf schlichtere Wahrnehmungsmuster angewiesen. Denn der Hautfarbe sieht man nicht an, ob sie einen dem kollektiven Wohl dienenden oder dieses schamlos ausnutzenden Arbeitskraftbehälter verhüllt. Und welcher IT-Spezialist möchte schon dauerhaft Gefahr laufen, wegen seiner Hautfarbe angepöbelt, angegriffen oder sogar ermordet zu werden?

Die Bekämpfung der Nazis ist also auch einer Tendenzwende in der Einwanderungspolitik geschuldet. Nicht mehr Abschottung um jeden Preis, sondern ein differenziertes, an wirtschaftlichen Interessen orientiertes System, steht auf der Tagesordnung.

III

Nach anfänglichen (zumeist eher zaghaften) Versuchen, auch den Rassismus breiterer Bevölkerungskreise zu problematisieren, beschränkte sich die rot-grüne Staatsantifa ziemlich schnell auf eine simple Anti-Nazi Politik. Der Fokus wurde überwiegend auf das Problem der »braunen Gewalttäter« gerichtet. Der Rechtsradikalismus als ein weit über die Gewalttätigkeit hinausgehendes gesellschaftliches Problem fand jenseits einiger feuilletonistischer Anmerkungen in der Ursachenbestimmung zunehmend weniger statt. Insbesondere die Schnittlinien zwischen dem Rassismus der Nazis und dem der sogenannten »Neuen Mitte« und der bundesdeutschen Institutionen wurden und werden praktisch kaum thematisiert. Ein Besuch in der Ausländerbehörde aber genügt, um zu verstehen, was Deutsche in diesem Land amtlicherseits von Nichtdeutschen nach wie vor unterscheidet. 20 Jahre Hetze der politischen Mitte gegen Flüchtlinge in der BRD haben Wirkung gezeigt, haben den »Asylanten« zum Sozialschmarotzer schlechthin stigmatisiert und den Mob jahrelang zum Totschlag eingeladen. 20 Jahre Entrechtung, Internierung, Residenzpflicht und Arbeitsverbot für Flüchtlinge sind Ausdruck einer rassistisch begründeten Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik. Allein das bundesdeutsche Grenzregime hat seit 1990 mehr als 100 Tote gefordert, so viel wie die rassistischen Morde im selben Zeitraum.

Die Green-Card-Diskussion und die folgende Tendenzwende in der Einwanderungspolitik hat die unerträgliche, völkisch geprägte Abschottungsmentalität in diesem Land latent aufgebrochen. Gleichzeitig wird aber die Grundstruktur des Rassismus befestigt: Daß hier nur leben darf, wer qua ethnischem Kriterium dazugehört oder diesem Kollektiv - wie schon die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen während des NS – je nach Konjunktur gerade nützlich ist. Denn nur ein rentabler Ausländer ist ein brauchbarer Ausländer. Die Beckstein'sche Prämisse, daß »wir mehr Ausländer brauchen, die uns nützen und weniger, die uns ausnutzen«, ist mittlerweile zum nationalen Credo avanciert.

IV

Die rechte Gewalt und ihre politische Zielsetzung in Form der »Systemfrage« wird staatlicherseits eindeutig abgelehnt und führt zu verstärkter staatlicher Repression. Ob nun das eiligst von einem ausgewiesenen 'Antifaschisten' wie dem bayerischen Innenminister Beckstein herbeigeredete NPD-Verbot, ob die von dem Berliner Innensenator Werthebach ständig geforderte Demonstrationsrechtsverschärfung, damit die NPD durch ihre Aufmärsche am Brandenburger Tor nicht mehr länger das Bild Deutschlands beschädigen könne, oder die von dem bekennenden Rechten und Innenminister Brandenburgs, Schönbohm, aufgestellten Sondereinheiten gegen rechte Gewalttäter, die nach dem Willen ihres Herrn verwertbare Beweise ranschaffen und Festnahmen tätigen sollen, oder die (von Kanther noch vergeblich verlangte) Kontrolle des Internets, die derzeit mit dem Hinweis auf Naziveröffentlichungen von vielen fast unwidersprochen gefordert wird: die staatliche Antifa setzt fast ausschließlich auf Repression.

Die Staatsantifa scheint die Gunst der Stunde nutzen zu wollen, um den seit langem kursierenden antiemanzipativen Wunschzettel staatlicher Sicherheitstechnokraten abzuarbeiten. So wie die neuesten Errungenschaften im antifaschistischen Kampf: In Cottbus hat die Polizei den »gläsernen Neonazi« geschaffen und ausdrücklich wegen der rechten Gewalttaten geht jetzt die erste Cottbuser Straßenbahn mit einer Dauervideoüberwachung in Betrieb. Von makaber anmutenden Überlegungen wie die nach Bekleidungsvorschriften in

Wir sind wieder wer



Schulen (»Verbot von Springerstiefeln«) o.ä. mal ganz abgesehen. Die Bürgerechtsbewegungen vergangener Tage (Humanistische Union, Anwaltsvereinigungen etc.) und auch die Linken schweigen. Weils die »Richtigen« trifft?! Nazis gibt es deswegen kaum einen einzigen weniger, Menschen werden weiter drangsaliert, überfallen, erschlagen. Deutschland - ein Antifamärchen!?

Mit dem Beelzebub »Nazigewalttäter« erfahren die herrschaftlichen Verhältnisse einen weiteren antiemanzipatorischen Drive. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung begrüßt diese autoritären Bestrebungen zur Aufrechterhaltung *ihrer* Sicherheit und Ruhe ausdrücklich, mehr noch: sie beteiligt sich mit diversen Vorschlägen lebhaft an dem Ideenwettbewerb, wie dieser Störung der öffentlichen Ordnung durch diesesmal eben braune Gewalttäter beizukommen ist. Da kann es auch schon mal zur Forderung nach Todesstrafe für Nazigewalttäter kommen oder nach demokratisch geführten Konzentrationslagern für die unbotmäßige »braune Pest«.

Der Nazigewalttäter wird zum Staatsfeind, gegen den so ziemlich alles erlaubt zu sein scheint. Die herrschenden Verhältnisse schlagen auf widerspenstige und die aktuellen nationalen Aufgaben verfehlende Kräfte ein.

V

Es ist offenbar kein Widerspruch, daß viele Bürger und Bürgerinnen die Nazis (wie auch Kinderschänder, Kampfhunde und manches andere) zum Wohle ihrer Standortgemeinschaft als »störend« oder gar »schädlich« empfinden und sich zugleich gegen Elemente einer (im Rahmen des herrschenden Kapitalverhältnisses) »offenen« Gesellschaft wenden. Viele Bürger und Bürgerinnen wünschen verstärkt autoritäre, restriktive Maßnahmen, sie schreien nach Ordnung und Sicherheit, die aber unter dem herrschenden Akkumulationsregime mit seinem Verwertungszwang bloße Chimäre bleiben muß. Der Bürger wird der inneren Logik seines Systems nicht gewahr. Daraus erklärt sich auch der Widerspruch des demokratischen Rassismus, einerseits den dumpfen Rassisten durchaus zu bekämpfen, aber andererseits nie über den strukturell rassistischen Rahmen – die bürgerliche Ordnung – hinausgehen zu können bzw. diesen Rahmen selbst in der Bekämpfung der Nazis zu reproduzieren.

Wo sich das ›Glück aller durch die Verfolgung der Einzelinteressen jedes Einzelnen‹ – plus der staatlichen Unterstützung in Zeiten des Spätkapitalismus – nicht von alleine herstellt, wo also die »unsichtbare Hand« versagt und die vermittelte Aneignung gesellschaftlichen Reichtums nicht mehr funktioniert, entstehen Herrschaftsstrukturen, die von kollektiven Zugehörigkeitskriterien (im Unterschied zum abstrakt freien Bürger) und unmittelbarer Gewalt geprägt sind.

Die Nazis verdanken die Aufmerksamkeit, die ihnen die Öffentlichkeit gegenwärtig so reichlich schenkt, dem Umstand, dass sie die Einzigen sind, die im Moment das Ende der bürgerlichen Gesellschaft glaubhaft repräsentieren können. Zu einem wirklichen Problem werden die Nazis, wenn sie – was in Ostdeutschland der Fall ist – über eine reale gesellschaftliche Basis verfügen, die sich der Propaganda gegen internationale Konzerne, Schmarotzertum, Konkurrenzdruck, Kommerzzwang und Überfremdung aufgeschlossen zeigt und damit ein gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem Übergriffe auf Migranten und Obdachlose zum Alltag gehören. Damit wird aber der bürgerliche Staat in Frage gestellt, wenn seine Spielregeln und sein Gewaltmonopol missachtet werden.

Die Bekämpfung der Nazis ist damit als Kampf für die Einhaltung demokratischer Spielregeln eben auch ein Kampf gegen das Ende der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie durch die Hoheitsmacht der Nazis in »den Zonen der für den Verwertungsprozeß Überflüssigen« zum Ausdruck kommt.

VI

Der antitotalitäre, antiemanzipative Antifaschismus zeitigt für die antifaschistische Linke Folgen: Mit der seit Sommer 2000 tobenden staatlichen Antifa ist die Linke weiter unter Druck geraten. War sie schon meistenteils angesichts des »Antifakrieges« in Jugoslawien sprachlos, ist sie es erst Recht angesichts der gegenwärtigen rot-grünen Antifa. Hinter dem Angriffspunkt Faschismus steht in der Regel gähnende Leere – was allerdings weniger ein spezifisches Problem der Antifa als der gesamten radikalen Linken ist. Häufig fällt vielen außer »Alles Lüge« nicht viel mehr ein. Die Schwierigkeit liegt auf der Hand: Einerseits gibt es den alltäglichen Terror der Nazis sowie häufig auftretender Kumpanei durch örtliche Bevölkerung und Behörden. Hier muß es entschiedenden Widerstand geben, ohne Frage. Nur kommt LinkeR zunehmend in die Situation, mit seinem oder ihrem antifaschistischen Engagement zur direkten Herrschaft beizutragen. Ob dem staatstragenden antitotalitären Antifaschismus auf Dauer damit beizukommen ist wie in Berlin, wo in die Demonstration gegen die NPD-Zentrale der Abschiebeknast und somit die bundesdeutsche rassistische Realität mit einbezogen wurde, bleibt abzuwarten. Dies ist mit Sicherheit eine Möglichkeit, der drohenden Vereinnahmung etwas entgegenzusetzen, allerdings: Darunter geht es auf keinen Fall.

Das gegenwärtige »antifaschistische Tauwetter« wird an den kapitalistischen Konkurrenz- und Ausbeutungsverhältnissen mit seiner weltweiten Verelendung und kriegerischen Auseinandersetzungen herzlich wenig ändern. Angesichts der Metamorphose alter linker BefreiungskämpferInnen zu antifaschistischen MenschenrechtskriegerInnen, die der »Moralkeule Auschwitz« nicht mehr ausweichen brauchen, sondern sie zweckdienlich nach außen in Anschlag bringen können, scheint eher das Gegenteil zu erwarten sein. Somit bleiben (»Antifafrühling« hin oder her) die Beendigung der kapitalistischen Verhältnisse sowie die Auflösung der deutschen Nation unabdingbar auf der Tagesordnung. Daß Vertreter und Vertretertinnen der bürgerlichen Antifa dies nicht anstreben, liegt auf der Hand. Umso mehr sollte dies das Anliegen aller linken KapitalismusgegnerInnen sein.

›la dolce vita‹

Um die hier angerissenen Fragen und Thesen zu diskutieren, laden ›la dolce vita‹ und das Antifa-Cafe der B5 zu einer Veranstaltung am 27.Mai (Sonntag) um 18.30 Uhr in die B5 ein.



Grenzcamp 2001 »kein mensch ist illegal«

Rhein-Main-Region und Flughafen Frankfurt – Die inneren Grenzen im Visier.

Vom 27. Juli bis zum 5. August 2001 wird in Frankfurt am Main das 4. Antirassistische Grenzcamp unter dem Motto „kein mensch ist illegal" stattfinden.
Wie die Jahre zuvor richtet sich auch das diesjährige Camp gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas und stellt sich in den Zusammenhang und die Kontinuität der vielfältigen Kämpfe dagegen. Ohne falsche Bescheidenheit attackiert es das feinmaschige Netz, das von Grenzzaun, BGS-Patroullien und Internierungslager über rechtliche Diskriminierungen, bürokratische Gängelung, populistische Reden, denunzierende Bürger bis zur Jagd auf Illegalisierte und tägliche Abschiebungen reicht. Das Camp mischt sich mit allen erdenklichen Mitteln ein – von der öffentlichen Veranstaltung, über solidarische Unterstützung bis zur möglichst störenden Aktion – gegen die Rassismen in diesem Land und fordert die Herrschaft des Passes mit dem goldenen Adler heraus.
Nach drei Campjahren in Orten direkt an der Grenze zu Polen und Tschechien wurde als Ort für diesen Sommer das Rhein-Main-Gebiet und der Frankfurter Flughafen gewählt. Fokussiert werden damit die „inneren Grenzen" des nationalen Grenzregimes. Der Schwerpunkt der anvisierten Aktionen liegt von daher auf dem Flughafenverfahren und dem Internierungslager am Rhein-Main-Airport. Mit einer überregionalen Abschlussdemonstration sollen am Samstag, dem 4. August 2001, den Forderungen nach der sofortigen Auflösung des Internierungslagers und dem Stop aller Abschiebungen nochmals Nachdruck verliehen werden.



Gegenstand des diesjährigen Camps sind auch die Grenzen, die legalen wie illegalen MigrantInnen das Leben in den städtischen Zentren der Region schwer machen – angefangen von innerstädtischen Personenkontrollen bis zu Diskriminierungen auf Wohnungs- und Arbeitsmarkt.
Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kampagne der Organisation afrikanischer Flüchtlinge The Voice gegen die Residenzpflicht, d.h. dagegen, dass Flüchtlingen im Asylverfahren untersagt wird, den ihnen behördlich zugewiesenen Bezirk zu verlassen. Die Mitglieder von The Voice verstoßen bereits mit ihrer Teilnahme am Camp gegen die Residenzpflicht. Die Legalisierung aller in Deutschland lebenden „Illegalen" ist eine zentrale Forderung des Camp-Zusammenhangs.
In der wirtschaftlich mächtigen und sich so weltoffenen Multi-Kulti-Region Rhein-Main liegt die Herausforderung des Camps 2001 darin deutlich zu machen, dass es radikalen linken Widerstand auch gegen den flexibilisierten Rassismus eines sich modernisierenden Migrationsregimes gibt. Gegen eine Politik, die Menschen in Kategorien „nützlich", „hinreichend angepasst" und „kulturell bereichernd" sortiert und lenkt, sollen all die Initiativen und Praktiken unterstützt werden, die diese Ordnung durcheinanderbringen und sich ihr entziehen.
Die politische Perspektive des Camps macht nicht halt bei Erleichterungen, Quotierungen, GreenCards oder „humanitären Verbesserungen", sondern streitet für das Recht und die Möglichkeit, dass jeder Mensch dorthin gehen und leben kann, wohin er und sie will. Ohne wenn und aber.
Neben den antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Wirkungen „nach Außen" liegt eine zentrale Bedeutung des kein mensch ist illegal – Camps auch in der „Binnenauseinandersetzung". Das Camp, bei dem in den letzten Jahren jeweils zwischen 500 – 1000 Menschen teilgenommen haben ist zu einem wichtigen Ort des Erfahrungsaustauschs unterschiedlilcher antirassistischer Szenen und Spektren geworden. Hierbei hat sich ge-

Flughafenerweiterung

Die hessische Regierung sowie die Frankfurter Flughafen AG, heute Fraport, haben sich im August 2000 offiziell für den Bau einer zusätzlichen Landebahn im Kelsterbacher Wald, nordwestlich des bestehenden Flughafens, ausgesprochen. Nach der Startbahn West würde damit die Expansion des Luftverkehrs erneut massiv vorangetrieben. „Standortfaktor" und „Jobmaschine" dienen als Hauptargumentationsmuster der Befürworter.
In erster Linie wegen der ständig zunehmenden Lärmbelästigung sowie der Zerstörung der letzten Naherholungsgebiete hat sich gegen die Ausbaupläne ein relativ breit verankerter Protest entwickelt, der im vergangenen September in einer Großdemonstration mit über 10000 Menschen seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Nahezu alle kommunalen Interessenvertretungen der Region wehren sich gegen den Ausbau, mittlerweile über 50 Bürgerinitiativen haben sich in Gemeinden und Städten rund um den Flughafen als Hauptträger des Protestes gegründet.
In den meisten dieser BI's sind Rassismus und Abschiebungen bislang kein Thema, das übliche Desinteresse an antirassistischen Initiativen mag bestimmend sein. Doch aus einigen BI's wird der Widerstand gegen Abschiebungen am Frankfurter Flughafen bereits seit Jahren unterstützt und er soll vermehrt in der Gesamtstruktur der Bürgerinitiativen thematisiert werden.
Das Grenzcamp sehen wir insofern als eine Chance und Möglichkeit, solche Ansätze zu verstärken, indem wir einerseits den Protest gegen die Flughafenerweiterung unterstützen und aufgreifen und andererseits insbesondere über die ansprechbaren Bürgerinitiativen versuchen, mehr Menschen in der Region für antirassisstische Auseinandersetzungen zu interessieren und zu gewinnen.
Schon im Vorfeld des Camps sollen deshalb in den Anliegergemeinden Info-Veranstaltungen angeboten werden, um inhaltliche Verbindungslinien herzustellen, und für das Camp selbst soll eine Veranstaltung und eventuell auch Aktionen gegen die Flughafenerweiterung vorbereitet werden.

zeigt, dass das Camp sowohl für den Anspruch wie auch für die Schwierigkeiten gemeinsamen politischen Handelns steht. Gerade weil das Camp sich (jeweils neu) aus einer Vielzahl durchaus heterogener Perspektiven und vor dem Hintergrund verschiedener Lebensperspektiven zusammensetzt, fordert es dazu heraus, sich über diese Divergenzen und dennoch mögliche gemeinsame Ansätze, Positionen und Aktionen auseinanderzusetzen. Als wichtige Diskussionsfelder stehen hierbei Thematiken wie das Verhältnis zwischen „deutschem Antirassissmus und migrantischer Selbstorganisation, zwischen Rassissmus und Sexismus und Antirassissmus/ Antifaschismus, die letztjährige Staatsantifa-Debatte sowie Verschiebungen in der herrschenden Einwanderungspolitik ganz oben auf der Liste des Grenzcamps 2001. Wir fordern hiermit alle Interessierten auf, sich am Grenzcamp 2001 zu beteiligen bzw. einzubringen. Informiert Euch und andere, macht den Termin bekannt, streitet mit, mobilisiert, bereitet eigene Aktionen vor undundund.

Kontakt und weitere Informationen:

Campbüro c/o:
3. Welthaus Frankfurt,
Falkstr. 7, 60487 Frankfurt/ M..
Tel.: 069-79201772 (mittw. 18 – 22 h)
e-Mail: dwhffm@t-online.de (Betreff: Camp) www.contrast.org/borders/kein/

Internationale Campkette gegen die Festung Europa

In den letzten Jahren hat der unverminderte Ausbau der Festung Europa und insbesondere deren Grenzaufrüstung mittels EDV, Nachtsichtgeräten oder Schnellbooten Tausenden von Menschen das Leben gekostet. Eine Einreise von Flüchtlingen ist durch das Konstrukt „sicherer Herkunftsländer", der sog. Drittstaatenregelung und den bilateralen Rückübernahmeabkommen immer riskanter und teurer geworden. Mit der EU-Erweiterung findet nicht zuletzt eine Vorverlagerung der Aussengrenzen nach Osten statt. Beitrittsbedingung für die mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Anpassung an die schengen-europäische Asyl- und Migrationspolitik, also Aufrüstung der Grenzen, Installierung von Lagern und Abschiebegefängnissen, Übernahme der herrschenden Visums- und Asylpolitik sowie verstärkte Kontrollen im Hinterland. Im Rahmen des Phare/Tacis-Programms stellt die EU hierfür die Finanzhilfen in Millionenhöhe für Länder von Litauen bis zur Mongolei bereit. Vor diesem Hintergrund haben antirassistische Gruppen quer durch Europa in den letzten Jahren Protestaktionen gegen die verschärften und vorverlagerten Grenzregimes organisiert. Für den kommenden Sommer sind bislang vier neue Projekte in Vorbereitung, die über das europaweite Netzwerk noborder zu einer internationalen Campkette verbunden werden sollen.
Anfang Julil 2001 findet erstmals ein Grenzcamp im südspanischen Tarifa statt. Voraussichtlich Mitte Juli werden dann in Ostpolen an der Grenze zu Litauen und Weißrußland Grenzcampzelte aufgeschlagen. Dabei soll die Aufrüstung der zukünftigen EU-Außengrenze und die damit einhergehende Zerstörung z.B. des grenzüberschreitenden Kleinhandels thematisiert werden.
Vom 20. bis 22. Juli tagt der G8-Gipfel in Genua. AktivistInnen aus Italien wollen dies zum Anlass nehmen, die Verantwortlichen der weltweiten Ausbeutung mit ihren Widerstandsformen zu konfrontieren und das Recht auf selbstbestimmte Migration einzufordern. Schließlich folgt Ende Juli das Grenzcamp in Frankfurt/Main. Auch an der Grenze USA/Mexiko wird im Spätsommer 2001 ein neues Projekt stattfinden. Wir rufen hiermit dazu auf, sich im kommenden Sommer auch an den Camps und Aktionen in anderen Ländern zu beteiligen, den Widerstand gegen die Grenzregimes zu internationalisieren und der Festung Europa einen „heißen Sommer" zu bereiten.

Infos unter: www.noborder.org

Dienstleistung: Fluchthilfe

von Martin Krenn & Oliver Ressler

• Postwurfsendung in der Steiermark an der EU-Außengrenze (A)
• Ausstellung im Kunstraum der Universität Lüneburg (D), Scharnhorststr, 1, Geb. 7, D–21335 Lüneburg, Tel.: +49.4131.78.1210, Fax: +49.4131.781246 Ausstellungsdauer: 26.4. – 21.7.2001, Besuch nach Vereinbarung

»In fortress Europe you still have holes where we can enter, and people are still entering.« (Jean Jacques Effson Effa, The Voice)

Die restriktiven Einwanderungsbestimmungen der Staaten der Europäischen Union bedeuten für MigrantInnen, dass diese kaum eine Chance haben, legal in die EU einzuwandern und sich in einem der Mitgliedsstaaten aufzuhalten. Die Inanspruchnahme von Fluchthilfe ist daher für diese einreisewilligen Menschen oft die einzige Möglichkeit, die Grenzen der »Festung Europa« zu überwinden.
Das Projekt »Dienstleistung: Fluchthilfe« verfolgt das Ziel, die durch die dominierenden medialen Diskurse negativ besetzten Begriffe wie »Schlepper« oder »Schleuser« umzudefinieren und positive Aspekte herauszustreichen. Der Tatbestand »Schlepperei« wird dabei – im Gegensatz zu weitverbreiteten Darstellungsmustern – nicht als kriminelle Ausbeutung von Flüchtlingen dargestellt, sondern der Dienstleistungscharakter dieses aufgrund der Europäischen Abschottungspolitiken notwendig gewordenen Gewerbes hervorgehoben.
Das Projekt »Dienstleistung: Fluchthilfe« wird in unterschiedlichen Medien realisiert, z.B. als Postwurfsendung oder als Video, die gemeinsam mit weiteren Informationsbereichen eine Ausstellung im Kunstraum Lüneburg bilden.
Dem Projekt liegt eine prozessorientierte Herangehensweise zugrunde, die verschiedenen Rechercheergebnisse haben im Verlauf des Projekts auf die jeweiligen Projektteile wechselseitig Einfluß genommen.

Ausstellung »Dienstleistung: Fluchthilfe«

In einer Wandinstallation wird anhand von Texten, Mail-Ausstellungen und Flugblättern die Arbeit der Gruppen dokumentiert, die Beiträge für »Neues Grenzblatt« verfaßt haben.

Postwurfsendung »Neues Grenzblatt«

Beteiligte Gruppen: Plattform »Für eine Welt ohne Rassismus«, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, TATblatt, Zebra, Maiz, The Voice, Kanak Attak, TschuschenPower
In Kooperation mit anti-rassistischen Gruppen und MigrantInnenorganisationen wurde die Informationsbroschüre »Neues Grenzblatt« produziert, die als Postwurfsendung im April 2001 entlang der gesam-

ten EU-Außengrenze in der Steiermark (A) an 12.000 Haushalte versandt wurde. Das Layout wurde zum leichteren Einstieg der Auseinandersetzung mit diesen Themen eher »volkstümlich« gehalten. Durch die populäre Gestaltung – Bilder der Region illustrieren die Broschüre – und mit Headlines wie »Fluchthilfe – Service mit Qualität« sollen BewohnerInnen in der Grenzregion neugierig gemacht werden. Die LeserInnen werden mit anti-rassistischen Stellungnahmen und Sichtweisen konfrontiert, die in bürgerlichen Medien marginalisiert werden. Alle beteiligten Gruppen haben in ihren Textbeiträgen eine Sprache verwendet, die auch theoretisch nicht so versierte LeserInnen anspricht. Die Informationsbroschüre wird außerdem auf verschiedenen alternativen Wegen verteilt (z.B. in Kooperation mit linken Gruppen) und in der Ausstellung im Kunstraum der Universität Lüneburg zur freien Entnahme ausliegen.

Video »Dienstleistung: Fluchthilfe«

Ein Video (DV, Farbe, 51 min), das in der Ausstellung ein zentrales Element bildet, aber auch unabhängig davon auf themenbezogenen Veranstaltungen und alternativen Videofestivals gezeigt wird, setzt sich mit den hegemonialen Darstellungsmustern von »Fluchthilfe« und Migration auseinander. Anhand von Gesprächen, die in Deutschland und Österreich mit politisch engagierten MigrantInnen und VertreterInnen linker Gruppierungen geführt wurden, wird die Thematik in den vier Abschnitten »Wer darf migrieren?«, »Feiern und Abschotten«, »Zur Fluchthilfe« und »Gegen Rassismus« analysiert und kritisch kommentiert.
So beschreibt ein Vertreter der aktivistischen Gruppe »Taxistas«, wie in Deutschland TaxilenkerInnen wegen der Beförderung illegalisierter Menschen als »Schleuser« kriminalisiert werden.
Der Abschnitt »Feiern und Abschotten« ist eine »Kurzreportage« über die neuesten Kriegsgeräte zur Grenzsicherung, die von Soldaten auf einer am österreichischen Nationalfeiertag abgehaltenen Feier des Bundesheeres am Heldenplatz in Wien bereitwillig präsentiert wurden. Im Abschnitt »Zur Fluchthilfe« zeigt ein Gespräch mit einem leitenden Bundesgrenzschutzbeamten in Frankfurt an der Oder widersprüchliche Argumentationen auf, mit welchen versucht wird, rassistische Abschottungsmechanismen zu legitimieren.

Kontakt:

Oliver Ressler oliver.ressler@chello.at
Martin Krenn, m.krenn@t0.or.at
Projekthomepage: www.t0.or.at/fluchthilfe

Kampagne gegen Residenzpflicht

Einladung zum Vorbereitungstreffen
Bundesweite Aktionstage gegen Residenzpflicht
17.-19. Mai in Berlin

Flüchtlinge unterliegen dem Gesetz der Residenzpflicht, daß ihnen untersagt, den Landkreis in dem sie leben, ohne besondere Erlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde zu verlassen. Dieses Gesetz, daß seit 1982 nur in Deutschland existiert, verletzt das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit, das jedem/r Deutschen natürlich zusteht und kriminalisiert bei Verstoß die Flüchtlinge.
In den letzten Jahren gab es auf Seiten der Flüchtlinge immer wieder Versuche, politische Organisations- und Ausdrucksformen zu finden, um dieses unmenschliche Gesetz in der Öffentlichkeit anzuprangern, seine Abschaffung zu erreichen und letzlich die gleichen Rechte, wie die Deutschen, einzufordern. Mit diesen Selbstorganisisierungsbestrebungen der Flüchtlinge nahm auch die staatliche Repression besonders gegen aktive Flüchtlinge zu. So stehen immer wieder AktivistInnen der Flüchtlingsbewegung vor Gericht, weil sie sich - mit ihrem bewußten Widerstand gegen das Residenzpflichtgesetz - nicht vorschreiben lassen, wo sie sich aufzuhalten haben. Unter anderem waren deshalb Cornelius und Sunny, zwei Mitglieder von »The Voice«, vor Gericht. Indem der Staat den Flüchtlingen gleiche Rechte faktisch vorenthält, verabsolutiert und reproduziert er ein rassistisches Menschenbild, nachdem mehrere Klassen von Menschen existieren, und korrespondiert damit ebenso mit dem Rassismus der gesellschaftlichen Mitte wie mit dem gewöhnlichen Schlägernazi.
Diese Korrespondenz findet ihren alltäglichen Ausdruck z.B. dann, wenn Schwarze bzw. Nichtdeutschaussehende in deutschen Bahnhöfen ohne Grund von deutschen Polizisten kontrolliert und damit selektiert werden, während die deutsche Gesellschaft wohlwollend wegschaut. Diese Symbiose von Staat und deutscher Gesellschaft gilt es anzugreifen.
Die Aktionstage vom 17.-19. Mai 2001 bilden in dem Kampf der Flüchtlinge und ihrer Selbstorganisierung den vorläufigen Höhepunkt. In dieser entscheidenden Phase, die sich besonders durch ihre Kampfbereitschaft und Entschlossenheit auszeichnet, stehen ihnen andererseits fast keine materiellen und strukturellen Mittel zur Verfügung. Und genau hier muß ein Schwerpunkt unserer aktiven Solidarität liegen.
Aktive Solidarität bedeutet für uns politisch aber auch: Sie in dem Kampf gegen ihre Unterdrückung zu unterstützen und somit für eine antirassistische Gesellschaft entschieden zu kämpfen. Kein verbales Bekenntnis zum Antirassismus ist hier gefragt, sondern ein aktiver und kompromißloser Angriff auf den rassistischen Konsens von deutschem Staat und Gesellschaft.
In Berlin findet hierzu ein Vorbereitungstreffen statt, naehere Informationen unter der nachfolgenden Adresse.Im Auftrag der Vorbereitungsgruppe Internationalistische Initiative Berlin

Internatini@web.de

Infos zur Kampagne gegen Residenzpflicht:

http://www.freespeech.org/inter/residenz
Aufrufe in verschiedenen Sprachen (PDF-Dateien):
http://www.umbruch-bildarchiv.de/video/residenzpflicht/maidemo.html
Einladungen, Protokolle, Video bei Umbruch:

Termine:

Di.2.5. Infoveranstaltung
Mit Alietou Zato (African Refugees Association), Sunny Omweneyke (The Voice) und Gabriele Heinecke (Rechtsanwältin)
19.00 Uhr Wir-Zentrum, Hospitalstr.109, Altona

Fr.11.5. Infoveranstaltung
Mit ReferentInnen von The Voice aus Berlin, danach Film: Karawane der Flüchtlinge
19.00 Uhr Rote Flora, Schulterblatt 71, Schanzenviertel

Fr.11.5. Soliparty ab 22.00 Uhr
Drum 'n Bass - Chill out & Punkrock-Kellerkneipe
Alle Gewinne gehen an die Kampagne gegen die Residenzpflicht
Rote Flora, Schulterblatt 71

CASTOR 2001

Der Preis war heiß

Die Empörungswellen grüner Minister und Ministerinnen während des Massenprotestes gegen den Castor-Transport nach Gorleben waren schauspielreif. Oder haben sie sich wirklich der Illusion hingegeben, ihr Versuch diesen Transport dadurch zu legitimieren, daß sie als nun regierende Ex-AtomkraftgegnerInnen ihn für unabwendbar halten, befriedet den wendländischen Widerstand? Wohl kaum. Viel eher braucht es diese Empörungswellen, um die massive Kriminalisierung jeder Form von konträrer politischer Meinung zu forcieren und zu untermauern. Viel Mühe haben sie sich bereits im Vorfeld gegeben, möglichst alles an Organisationsstruktur zu verhindern, weil als gefährlich einzustufen: Verbot der meisten Camps, die Auflage für die wendländischen Bauern und Bäuerinnen maximal zwei Personen beherbergen zu dürfen, weitestgehendes Aussetzen des Demonstrationsrechtes im gesamten Landkreis, 20000 Bullen aus dem ganzen Bundesgebiet mit vollständiger militärischer Gerätschaft und eine Ausweitung der Definition von Gewalt, die jeder diktatorischen Regierung locker das Wasser reichen kann (Gewalt ist alles, was ihnen als politisches Signal nicht in den Kram paßt; Sitzblockaden gehören damit auf die selbe Stufe wie fliegende Molotow-Cocktails). All dies haben sich Trittin, Schily und Co. im Vorwege ausgeheckt, wohlwissend, daß gerade die Regierungs- und Entscheidungsbeteiligung der Grünen diesen Castor-Transport noch deutlich poltisch brisanter macht. Hier zeigt sich, daß die Funktion der selbsternannten "linken" Parteien wie den Grünen und auch der SPD eigentlich nur die ist, die alte konservative Politik fortzusetzen, wenn es die anderen Parteien (CDU/CSU) nicht mehr schaffen ihre Taktik dem Volk moralisch zu verkaufen. Denn, mal abgesehen davon, ob die momentan Regierenden ihr Ausstiegsgefasel eigentlich selber glauben: die Grünen haben massiver als jede CDU-Regierung den Castor durchgeknüppelt und jegliche Form von Widerstand und politischer Meinungsäußerung kriminalisiert und die politische Auseinandersetzung um den Transport von Atommüll einzig und allein polizeistaatlich beantwortet.

Aber nun mal zu den erfreulicheren Aspekten des diesjährigen Anti-Castor-Events:

Nach dem Widerstandsdebakel 1997, bei dem von autonomer Seite her die Ausschluß- und Denunziationspraktiken der "gewaltfreien X-tausendmal Quer" kritisiert wurde, verdienten die möglichen Widerstandsformen dieses mal schon eher das Gütesiegel vielfältig. Vielleicht haben die letzten eigenen Frusterfahrungen (denn –mal ehrlich – so richtig super ist es nicht, erst mit Volldruck von den Schienen gespritzt, dann gleich noch einen Schlagstock übergezogen zu bekommen und ansonsten in gutem Sicherheitsabstand die Castoren an sich vorbeirollen zu sehen) Hartnäckigkeit bei vielen etwas geschärft. Das kombiniert mit dem aktuellen neuen politischen Themenpack, "Die Grünen haben uns angelogen und verarscht" führte vielleicht dazu, daß Menschen, die weder Wollpullis noch Pappschilder mit dem Slogan "Keine Gewalt" trugen, an Gleisbesetzungen und -demontagen teilhaben durften. Es war ein deutlicheres "Leben und leben lassen" zu spüren und teilweise gab es sogar regelrechte Arbeitsteilung bei den verschiedenen Aktionen. Richtig gut klappte dies z.B. bei gezielten Angriffen zur Verhinderung des Nachrückens der Bullen bei Schienenbesetzungen. Dies verlängerte einige Male das Verweilen auf den Gleisen und brachte die dort postierten Einsatzkräfte mächtig in Schwitzen, da die angeforderte Verstärkung teils erst nochmal Reifen wechseln mußte, oder aber sich zunächst den Weg auf der Straße freibahnen mußte.

Die 5-Minuten-Scharmützel bei den beiden Großdemos dagegen waren nur von zweifelhaftem Nutzen und wirkten eher wie initiiert zum Privatvergnügen als aus taktischen Überlegungen. Und leider gab es auch einige unschöne hysterische Szenen von "Gewaltfreien", die nach Angriffen auf brutale MEK-Schlägertrupps, nichts besseres zu tun hatten als ihre Wut auf die vermeintlichen Steinewerfer (einziges Zuschreibungskriterium waren dabei schwarze Kapuzen) zu richten. Summa summarum kann aber u.E. von einer erfolgreicheren Taktik als 1997 gesprochen werden. Sowohl die medienwirksamen Aktionen von Greenpeace und Robin Wood und die traditionellen Sitzblockaden aus dem X-tausendmal Quer-Umfeld, als auch die Aktionen und Angriffe von autonomer Seite, die schwerpunktmäßig auf die Bullen und deren Logistik gerichtet waren, haben diesen Castor-Transport erstens verzögert und zweitens ziemlich teuer gemacht. Die Aktionen waren deutlich origineller und hartnäckiger und eben deshalb auch erfolgreicher, gemessen in Aktivitäten, die Massen an Bullen fordern, sowie Aktionsformen, die die teure Gerätschaft der Bullen beschädigten. Da niemand davon ausgegangen war, diesen Transport de facto zu verhindern ist von den realistischen Zielsetzungen doch einiges erreicht worden.

Fragezeichen sind uns allerdings dort geblieben, wo am letzten Tag für die Straßenverfrachtung nach Gorleben, kaum noch jemand an den relevanten Angriffspunkten zu sehen war. Haben tatsächlich - wie in den Medien berichtet - alle verschlafen? Oder kamen sie wirklich nicht mehr bis zur Straße durch? Wir wissen es nicht. Schade war's in jedem Fall, denn auch die Straße kann zum unsicheren Terrain für einen Castor werden. Vielleicht werten wir dieses Mal als guten Vorsatz für das nächste Mal.

Einige Dabeigewesene



Ein heißer Herbst steht bevor

942

Keine Festnahme unter dieser Nummer !? (Teil 2 und Schluß)

In der letzten Ausgabe der ZECK wurde im ersten Teil der Aufbau und die Einsatztaktiken von speziellen Festnahmeinheiten behandelt. In Hamburg existiert solch eine Einheit bei der Bereitschaftspolizei als sogenannte 942-Einheit. Im Schlußteil soll ein Überblick über den Schutz bei Demos vor diesen Einheiten gegeben werden.

Es gibt gute Chancen, sich dem Zugriff von „beweissichernden" Festnahmeeinheiten zu entziehen. Grundsätzlich muß man dabei auf zwei wesentliche Aspekte achten: dem der „individuellen" Identifizierbarkeit und dem der „räumlichen" Identifizierbarkeit.

Mit der „individuellen" Identifizierbarkeit ist die Wiedererkennung von Personen gemeint, die z.B. trotz Vermummung noch während einer Aktion oder aber durch Auswertung von Filmmaterial danach durch die Polizei identifiziert werden können. Dazu muß man sich im Wortsinne vor Augen führen, daß eine Vermummung zwar meist das Gesicht verdeckt, aber damit eine Wiedererkennung anhand anderer körperlicher oder kleidungsbezogener Auffälligkeiten trotzdem möglich ist. Für PolizistInnen bedeutet dies, sich auf andere, zum Teil nicht ohne weiteres zu verändernde Merkmale zu konzentrieren: dazu gehören z.B. die Schuhe, markante Armbänder, Uhren, auffällige Gürtel. Dankbar ist die Polizei auch jenen Menschen, die zwar gewissenhaft ihr Gesicht verbergen, aber die ganze Zeit eine Umhängetasche mit sich schleppen oder (auffällige) Aufnäher/Flicken an ihrer Kleidung/Jacke tragen. Genauso unsinnig ist es, eine Vermummung auf einer sich bereits formierenden Demo anzulegen bzw. unmittelbar nach Demoende wieder abzulegen. Schließlich wertet die Polizei mittlerweile Demoaufzeichnungen auch computergestützt aus und macht sich dabei die Erkenntnisse der Biometrie (Lehre von der Körpermessung) zunutze. Der Abstand der Augen zueinander ist beispielsweise ein ähnlich einzigartiges körperliches Merkmal wie der Fingerabdruck, d.h. wer eine „Haßkappe" trägt, kann trotzdem über die sichtbare Augenpartie identifiziert werden. In diesem Zusammenhang ist BrillenträgerInnen besondere Sorgfalt bei der Vermummung nahezulegen, denn hier ist sonst der Einsatz computergestützter Identifizierung schon fast überflüssig...

Der zweite wesentliche Aspekt des Schutzes vor Festnahmeeinheiten besteht in der Beachtung der Möglichkeiten „räumlicher" Identifizierung. Wenn z.B. immer aus bestimmten Ketten während einer Demo Sprühereien oder Plakatieraktionen laufen, vereinfacht das die Arbeit einer Festnahmeeinheit erheblich, weil sie weiß, auf welche Ketten sie ihr Hauptaugenmerk zu richten hat. Insbesondere die Aufteilung in Demo-Blöcken vereinfacht manchmal für die Polizei das Festnahmegeschäft, weil sie ihre möglichen Zielpersonen einfacher „wiederfinden" können. Deswegen müssen sich z.B. Menschen mit Aufgaben wie Lautsprecherschutz mit besonderer Vorsicht bewegen. Einen Fehler begeht, wer zwar nach allen Regeln der Kunst vermummt ist, sich aber die ganze Zeit mit unvermummten und gar noch markant-auffällig gekleideten Personen bewegt und dann am besten auch noch mit ihnen zusammen nach Ende der Demo/Aktion selbst unvermummt den Heimweg antritt.



Gleichfalls ungünstig ist die Variante, wenn z.B. zwei auffällig unterschiedlich große Menschen zuerst zusammen vermummt auf einer Demo/Aktion unterwegs sind und dann unvermummt den Ort von Geschehnissen am Ende gemeinsam verlassen.

Und leider muß es auch an dieser Stelle geschrieben werden: wer sich denn gar nicht vermummt und sich mit Aktivitäten hervortut, die polizeiliche Repression nach sich ziehen können, macht es einer Festnahmeeinheit in der Tat „sträflich" leicht, zuzugreifen, soweit es ihres Einsatzes dann überhaupt noch bedarf.

Zusammengefaßt kann geraten werden: wer sich vermummt, muß darauf achten, auch sonst keine Identifizierungsmöglichkeiten zu liefern. Also keine auffälligen farblichen Elemente an Kleidungsstücken, keine Aufnäher u.ä. tragen, möglichst schlichtes Schuhwerk ohne auffällige Schnürsenkel beispielsweise. Weiterhin ist darauf achten, sich innerhalb einer Demo flexibel zu bewegen; wer zunächst am Anfang des Demozuges unterwegs ist, dann aktiv wird, sollte sich an anderer Stelle wieder einreihen und darauf achten, daß das nicht allzu offensichtlich für observierende Polizeikräfte nachvollziehbar ist. Schließlich ist es hilfreich, nach dem Ablegen von Vermummung auch andere äußere Erscheinungsmerkmale zu verändern (zwei Jacken übereinandertragen, dunkel gegen hell unauffällig tauschen u.ä.). Und sollte mensch bei aller Vorsicht trotzdem durch eine Festnahmeeinheit abgegriffen werden, gilt selbstverständlich: keine Aussagen, Erklärungen, Schutzbehauptungen, Ausflüchte, auch wenn die Festnahmesituation vermeintlich eindeutig zu sein scheint. Selbst wenn die Bullen vielleicht sogar gleich vor Ort eine Videoaufnahme vorspielen, die einem irgendwie vertraut erscheint, gilt: Schnauze, keine Aussagen, denn für alles was nach einer Festnahme zu tun ist auf unserer Seite gibt es EA's, gute GenossInnen und AnwältInnen.

Harry Klein

Termine im Mai - Rote Flora

Di 1.5.	18–23	Dubcafe_Black Famous Sound
Fr 4.5.	23:00	Shanty Town Soundsystem Roots and DubReggae
Sa 5.5.	22:00	Grundsteinlegung zum Haus der vielen Zimmer die Architekten BASSO PROFUNDO und Dj ISM@IL präsentieren Zukunftsweisende Gestaltung, einladende Vielfalt und geräumigen Komfort. Hamburgs Latin Haudegen und FSKs beliebtester Radio-Dj überzeugen mit Architektur von Morgen: Salsa, Cumba und Latin Breakbeats schaffen ein festes Fundament Orienthouse, Pop, HipHop und R&B bieten atemberaubenden allroundview. So bitten die Bauherren und damen vom Schwarzmarkt zum Mambo Oriental in Stilvoller Umgebung ...also No Jeans, No Sneakers´
So 6.5.	17:00	Cafe Niemandsland: AK-Kraak-Video zum Thema »Utopien«
Mo 7.5.	21:00	Vollmond Orchester
Di 8.5.	18–23	Dubcafe_Weed Acoustix
Do 10.5.	22:00	emocore-Konzert:Children of Fall (Swe)+support
Fr 11.5.	19:00	Free Movement Is Our Right. Info+Soliveranstaltung für die Kampagne gegen die Residenzpflicht
	20:30	Film: Stop Deportation (Flüchtlinge melden sich zu Wort) & Vokü
	22:30	Drum´n Bass Djs: Tricky D (FabFactory/Berlin), Calavera (SHe-roc/B) Snautstyle (B), Good Fella (HH)...MCs: Massiw le Ghaza (9mm/B), Bombsh (HH)...Chillout: Seltsam+Strahler (Weimar/B)... +Punk-Rock Keller
So 13.5.	17:00	Cafe Niemandsland: Mumia Abu-Jamal – Tödliche Repressionin den USA. Vortrag, Film und Diskussion
Di 15.5.	18–23	Dubcafe_Ire Hifi
Fr 18.5.	22:00	HC-Konzert:Hands fall open
Sa 19.5.	21:00	»Die Freiheit ist grenzenlos« Soli-Party für den Hamburger Flüchtlingsfond
So 20.5.	15:00	Drumcircle:Trommeln für alle Instrumente bitte mitbringen
	17:00	Cafe Niemandsland: Kuchen und so
	22:00	Castor Soli-Konzert:Callonsed (usa/crust), Accion Mutante/los nuevos Mutantos, Manifesto Jukebox (finnland/hc), WASTED (finnland/punkrock) und Skew Whift (belgien/???)
Di 22.5.	18–23	Dubcafe_I-tal Acoustics
Fr 25.5.	22:00	Cuba Soli-Fete zur ermöglichung eines besuchs cubanischer Jugendlicher in HH, im Rahmen eines Jugendaustausch. Salsa und Hip Hop;live Bands und Djs auf 3 Ebenenen
So 27.5.	17:00	Cafe Niemandsland: Zusammenhang von Globalisierung und Umstrukturierung
	21:00	Konzert: Rondelles (usa/pop)+Hell Noizers (kiel/glamtrash)
Di 29.5.	18–23	Dubcafe
Fr 1.6.	22:00	ARTS ACTIVE FOR MUMIA AND MORE featuring: Seth Tobocman (Comic-Künstler New York City)-Dia Performance Rotes Haus (Agit »Pop« HH) Sisterhood und Roots Commandment (Dancehall Raggae/HH) eine Veranstaltung des Solibündnis »free Mumia Abu Jamal«

regelmäßige termine:

Montag	19:00	Kochsession veganes Essen
Montag	17:00	offene Motorradwerkstatt – Schrauben und Klönen
Montag & Donnerstag	16–19	Archiv der sozialen Bewegungen Tel. 43 30 07
Dienstag	18–23	Dubcafe
Donnerstag 14-tägig	19:00	Kochkollektiv veganes Essen **(Für die anderen Donnerstage werden neue Leute gesucht!)**
1.Samstag im monat	12:00	Frühstück
Sonntag	17:00	Cafe Niemandsland
Sonntag	gantägig	Studio F (fsk 93.0) sendet aus der Roten Flora

Ahoi

Balduintreppe, St. Pauli Hafenstraße ; 20359 Hamburg St. Pauli

Di.,1.	20.00	Rock`n Roll over
Mi., 2.	21.00	Disqualifiziert
Do., 3.	20.00	Der rote Donnerstagsklub: DJ Bum Bum und Gast: Schweinesysteme
Fr., 4.	21.00	DJ`s: Murphy Montana & Winchester
Sa., 5.	21.00	Trippy Drop Sounds (Drum n´ Bass, Ambient, ...)
Mi., 9.	20.00	Zeitgenössische Musik
Do., 10.	20.00	Der rote Donnerstagsklub: DJ Euskadi
Fr., 11.	21.00	Oben Punk, unten Schlank: Remmi Demmi auf der schönen, aber teilweise etwas unaufgeräumten Balduintreppe. Sounds: DJ Euskadi & Goodfella, Special- Catering: Willi grillt Bratfische in seiner berüchtigten Wanne!
Sa., 12.	21.00	Oben Punk, unten Schlank: Remmi Demmi auf der Balduintreppe Tanzbare Stile im AHOI: Hafensoundz
So., 13.	15.00	Oben Punk, unten Schlank: Remmi Demmi auf der Balduintreppe. Sound: DJ Doppelhaushälfte vs. DJ BumBum
Di., 15.	20.00	Rock`n Roll over
Mi., 16.	20.00	Afterworkclub
Do., 17.	20.00	Roter Donnerstagsklub: DJ`s Doppelhaushälfte und Pedro Rojo, zuvor: Themenabend: Autonomie in Wort; heute: Kommunen: Domäne Lutter und allahops/ HB! Danach selbst saufen
Fr., 18.	21.00	Slow Down; ein chillger Abend von der Festplatte
Sa., 19.	22.00	Gute Kurzfilme; danach Funk & Agentenmusik, DJ´s Insane Romaine, Henry Balls & Goodfella
Mi., 23.	20.00	Zeitgenössische Musik
Do., 24.	20.00	Roter Donnerstagsklub: DJ Euskadi
Fr., 25.	21.00	St. Pauli meets Schalke
Mi., 30.	20.00	Zeitgenössische Musik
Do., 31.	20.00	Roter Donnerstagsklub: DJ Euskadi

